

Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 138-2016
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2016.RRGR.633

Eingereicht am: 09.06.2016

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Wüthrich (Huttwil, SP) (Sprecher/in)
Siegenthaler (Thun, SP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: 1163/2016 vom 26. Oktober 2016
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Punktweise beschlossen**
Ziffer 1: Annahme
Ziffer 2: Annahme als Postulat



Personalbestand der Kantonspolizei überprüfen und anpassen

Der Regierungsrat wird beauftragt, bis zum Ende der laufenden Legislatur dem Grossen Rat in einem Bericht darzulegen,

1. ob der Personalbestand der Kantonspolizei der aktuellen Sicherheitslage, den heutigen Bedrohungen, den verlangten Aufgaben und der tatsächlichen Arbeitsbelastung genügt und
2. welche Massnahmen zur allfälligen Anpassung des Personalbestands er dem Grossen Rat wann beantragen wird (in Vollzeitstellen und in Franken).

Begründung:

Ende Sommer 2016 wird der Regierungsrat das totalrevidierte Polizeigesetz in die Vernehmlassung geben. Damit wird die Kantonspolizei eine zeitgemässe Rechtsgrundlage erhalten, in der ihre Aufgaben, Kompetenzen und Rahmenbedingungen definiert sind. Auf dieser Basis müssen auch die Ressourcen der Kantonspolizei überprüft werden. Nur so kann sie mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes ihre Aufgaben adäquat erfüllen.

Zudem hat sich die aktuelle Sicherheitslage verändert. Ohne zu dramatisieren muss festgestellt werden, dass die Bedrohung der inneren Sicherheit durch den Terrorismus in Europa auch die Polizeikorps in der Schweiz vor neue Herausforderung stellt. Die Anschläge in mehreren europä-

ischen Städten haben uns die neue Qualität der Bedrohung vor Augen geführt. Auch die Kriminalität im Internet hat zugenommen und verlangt ebenfalls nach Antworten. Die Konsequenzen dieser neuen Phänomene auf den Bestand müssen analysiert und Massnahmen getroffen werden.

Im Rahmen des Projekts LOBENAR (Lohnunterschiede, Bestandserhöhung, Nacharbeit, Richtpositionsüberprüfung) wurde 2008 in einem Bericht dargelegt, dass der Bestand erhöht werden muss. Der Regierungsrat hat deshalb entschieden, das Korps schrittweise um insgesamt 130 Stellen aufzustocken. Die letzte Tranche von 30 Stellen wurde vom Regierungsrat im Januar 2016 beschlossen. Die 30 zusätzlichen Mitarbeitenden werden 2018 mit der Ausbildung fertig sein und ins Korps aufgenommen. Somit dauerte die Bestandserhöhung, die auf den Kenntnissen von 2008 basiert, rund zehn Jahre. Aus diesem Grund ist die Überprüfung des Bestands, der vor fast zehn Jahren festgelegt wurde, notwendig.

Die Arbeitsbelastung des Korps ist aktuell gross. Dies zeigt sich am grossen Feriensaldo der Mitarbeitenden. Nicht immer können die freien Tage gewährt werden, weil das Personal knapp ist. Bei Grossereignissen müssen die Polizeiwachen in den Regionen geschlossen werden, damit genügend Personal zur Verfügung steht. Zudem haben mehrere Gemeinden in den letzten Jahren Leistungen bei der Kantonspolizei eingekauft, und die Aufgaben der Kantonspolizei haben sich verändert und nahmen zu.

2597 Mitarbeitende zählt die Kantonspolizei Bern gemäss der aktuellsten Statistik 2016 über die Polizeibestände der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten. Davon sind 1941 Polizistinnen und Polizisten, was eine Polizeidichte (Polizist pro Einwohner) von 1:523 für den Kanton Bern ausmacht. Der Schweizer Durchschnitt beträgt 1:452. Der Kanton Bern hat im interkantonalen Vergleich nicht zu viele Polizistinnen und Polizisten und liegt im Mittelfeld.

Mit der vorliegenden Motion kann der Regierungsrat die vom Grossen Rat am 19. Januar 2015 überwiesene Planungserklärung zu den Regierungsrichtlinien 2015-2018 erfüllen, die lautet: «Bei der Überprüfung und Optimierung der organisatorischen Strukturen der Kantonspolizei ist der Bestand der uniformierten Polizei zu klären und allenfalls anzupassen.» Es soll auch geprüft werden, ob die Bestände der zentralen Dienste nach der Konsolidierung der Einheitspolizei angepasst werden müssen. Die Motion geht weiter und will den gesamten Personalbestand der Kantonspolizei überprüft haben und nicht nur jener der uniformierten Polizei.

Antwort des Regierungsrates

Bei den regionalen Einsatzzentralen der Kantonspolizei Bern sind im vergangenen Jahr mehr als 525'000 Anrufe eingegangen. Die Polizistinnen und Polizisten haben ca. 42'000 Ereignisse schriftlich festgehalten und mehr als 5'700 Verkehrsunfälle gehörten zum Arbeitsalltag der Kantonspolizei Bern im 2015. Diese Zahlen zeigen den hohen Arbeitsaufwand, den die Polizistinnen und Polizisten der Kapo das ganze Jahr über und rund um die Uhr leisten; dies vor dem Hintergrund einer stetig wachsenden Bevölkerung. Im vergangenen Jahr hat der Kanton Bern eine Bevölkerungsgrösse von mehr als einer Million erreicht. Der Regierungsrat betont, dass die Bevölkerung schweizweit und im Kanton Bern, gemäss den Prognosen des Bundesamtes für Statistik, auch weiterhin zunehmen wird.

Die Kantonspolizei ist in allen Kernbereichen stark belastet. Jedes Jahr leisten die Mitarbeitenden deutlich mehr Arbeitsstunden als durch die Sollzeit vorgesehen ist. So wurden im Jahr 2015 per Saldo 17'000 Stunden Mehrarbeit geleistet. Dies entspricht einer Zunahme von einem halben Tag pro Vollzeitstelle. Das Spannungsfeld für die Mitarbeitenden der Kantonspolizei zwischen

der hohen Arbeitsbelastung und der noch unausgeglichene Work-Life-Balance bleibt auch weiterhin bestehen. Die Anforderungen an die Mitarbeitenden nehmen weiter zu. Darüber hinaus sind die uniformierten Mitarbeitenden der Kantonspolizei erhöhten psychischen und physischen Belastungen ausgesetzt. Die Fälle an Gewalt gegen die Polizeiorgane – Pöbeleien, Beschimpfungen, beleidigende Sprüche und Drohungen – haben in den vergangenen Jahren weiter zugenommen.

Aus den Resultaten der im Jahr 2015 schweizweit und im Kanton Bern durchgeführten Sicherheitsbefragung geht hervor, dass von der Bevölkerung mehr sichtbare Präsenz der (Uniform)Polizei gewünscht wird. Die deutlich steigenden Zahlen im Bereich der Diebstähle persönlichen Eigentums sowie u.a. bei den Tötlichkeiten und Drohungen bestätigen diese Notwendigkeit.

Neue Herausforderungen für die Arbeit der Kantonspolizei zeigen sich ausserdem durch die veränderte, angespannte Sicherheitslage im Nachgang zu den jüngsten terroristisch motivierten Terroranschlägen in Paris oder Nizza. Auch die Bereiche Cyberkriminalität und Waffenwesen bedürfen einer verstärkten polizeilichen Aufmerksamkeit.

Vor dem Hintergrund einer weiter zunehmenden Bevölkerungsgrösse, einem erhöhten Sicherheitsbedürfnis, der hohen Arbeitsbelastung der Kantonspolizei sowie der veränderten Sicherheitslage, ist eine Überprüfung und allfällige Anpassung des Personalbestandes der Kantonspolizei notwendig. Aus diesem Grund unterstützt der Regierungsrat das Anliegen der Motionäre, den Personalbestand der ganzen Kantonspolizei – und nicht nur der uniformierten Mitarbeitenden – zu überprüfen. Erst auf Basis der Ergebnisse des Berichts soll entschieden werden, ob – und falls ja, welche – Massnahmen getroffen werden müssen, weshalb der Regierungsrat das zweite Anliegen zur Annahme als Postulat beantragt.

Verteiler

- Grosser Rat